

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - FG/057(IV)/07			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss	Mittwoch,  21.02.2007	Altes Rathaus Hansesaal	17:00Uhr	19:25Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift vom 07.02.2007 (soweit vorliegend)
- 3 Beschlussvorlagen**
- 3.1 Abschluss Planungsvereinbarung zum Projekt  
Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zwischen der DB Netz  
AG und der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: DS0005/07  
BE: FB62
- 5 Anträge**
- 5.1 (Öffentliche) Toilette für den Spielplatz Hegelstraße  
Vorlage: A0185/06
- 5.1.1 (Öffentliche) Toilette für den Spielplatz Hegelstraße  
Vorlage: S0260/06  
BE: EB SAB

## 6 Beschlussvorlagen und Informationen

- 6.1 APL in Höhe von 802.740 EUR für die HHST1.40500 678 100.9 -  
Erstattung an übrige Bereiche Personalkosten und HHST 1.40500  
678 200.7 - Erstattung an übrige Bereiche Sachkosten  
Vorlage: DS0035/07  
BE: Amt 50
- 6.2 Jahresabschluss 2005 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH  
(NKE)  
Vorlage: DS0025/07  
BE: FB02
- 6.3 Neufassung der Feuerwehrbenutzungs- und Gebührensatzung der  
Landeshauptstadt Magdeburg  
BE: Amt 37
- 6.4 Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007  
Vorlage: DS0382/06
- |        |   |              |
|--------|---|--------------|
| 6.4.1  | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/1  |
| 6.4.2  | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/2  |
| 6.4.3  | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/3  |
| 6.4.4  | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/4  |
| 6.4.5  | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/5  |
| 6.4.6  | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/6  |
| 6.4.7  | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/7  |
| 6.4.8  | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/8  |
| 6.4.9  | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/9  |
| 6.4.10 | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/10 |
| 6.4.11 | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/11 |
| 6.4.12 | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/12 |
| 6.4.13 | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | DS0382/06/13 |
| 6.4.14 | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | A0175/06     |
| 6.4.15 | Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 | S0236/06     |
- 6.5 Verschiedenes

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

**Mitglieder des Gremiums**

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Walter Meinecke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Hilmar Schoenberner

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

**Schriftführer**

Frau Michaela Paetsch

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Zu Beginn der Sitzung sind 7 Stadträte anwesend.

**Herr Bromberg** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Stern** bittet gleich zu Beginn der Sitzung darum, dass bei Vergaben, die im Finanz- und Grundstücksausschuss behandelt werden, lediglich ein anonymisiertes Protokoll analog der Verfahrensweise des Vergabeausschusses geführt wird. D. h. bei den Wortmeldungen der Stadträte erfolgt keine Namensnennung.

**Diese Bitte wird von den anderen Stadträten befürwortet und bei den zukünftigen Protokollführungen berücksichtigt.**

### 1.1. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung lag den Stadträten rechtzeitig vor.

**Herr Bromberg** führt aus, dass der Antrag A0185/06 (TOP 5.1) und die zugehörige Stellungnahme S0260/06 (TOP 5.1.1) im StBV vertagt wurde. Aus diesem Grund wird die Behandlung dieser Tagesordnungspunkte auf eine der nächsten Sitzungen des Finanz- und Grundstücksausschusses vertagt. Im Übrigen weist er darauf hin, dass der Änderungsantrag DS0382/06/5 (TOP 6.4.5) nicht verfügbar ist.

**Herr Westphal** bittet um Auskunft, wann der Finanz- und Grundstücksausschuss über die Auswirkungen der Genehmigungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zum Haushaltsplan 2007 unterrichtet wird.

**Herr Stern** ergänzt diesbezüglich, dass er sich eine Information im Finanz- und Grundstücksausschuss gewünscht hätte, bevor der OB diverse Presseerklärungen abgibt.

**Herr Czogalla** erläutert in diesem Zusammenhang, dass geplant ist, die Drucksache zum Beitritt zur Genehmigungsverfügung des Landesverwaltungsamtes und die Information über die Verfügung einer Haushaltssperre am 21.03.2007 im Finanz- und Grundstücksausschuss zu behandeln. Im Übrigen sammelt man derzeit die verschiedenen Haushaltskonsolidierungsvorschläge der Beigeordneten, um diese am 27.02.2007 in der OB-DB beraten zu können. Die Vorschläge werden aber noch nicht haushaltsstellengenau untersetzt sein.

**Herr Stern** macht nochmals deutlich, dass es sich bei den in den Presseerklärungen des Oberbürgermeisters angegebenen Maßnahmen lediglich um Vorstellungen des Oberbürgermeisters handeln kann, die noch nicht mit den Stadträten abgestimmt sind. Des Weiteren verweist er darauf, dass er die vom OB in diesem Jahr praktizierte Verfahrensweise nicht befürwortet, da man in den letzten Jahren mit einer ähnlichen Haushaltssituation zu kämpfen hatte. Dort hatte man aber erst umfangreiche Gespräche zwischen OB und Ministerpräsident bzw. Finanzminister geführt, bevor man sich an die Presse gewandt hat. Aus diesem Grund möchte er wissen, ob diese Gespräche bereits stattgefunden haben.

**Herr Czogalla** erläutert, dass der OB bereits umfangreiche Gespräche mit mehreren Ministern und Staatssekretären geführt hat. Mit der heutigen Presseerklärung wollte der OB zu eventuellen Folgen der Genehmigungsverfügung des Landesverwaltungsamtes aufmerksam machen. Bei der Presseerklärung waren 16 Pressevertreter anwesend. Der Finanzminister hat im Anschluss an diese Presseerklärung des Oberbürgermeisters eine eigene Presseerklärung abgegeben und lädt nun die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte in der nächsten Woche zu einem gemeinsamen Gespräch ein.

**Herr Meinecke** ergänzt, dass der OB in seinen Presseerklärungen immer darauf hingewiesen hat, dass die Vorschläge erst noch durch den Stadtrat gehen müssen.

**Herr Bromberg** vertritt die Auffassung, dass vor der Behandlung der angekündigten Drucksache und der Information im Finanz- und Grundstücksausschuss, eine Abstimmung innerhalb der Fraktionen zur jetzigen Situation und zu möglichen Handlungsoptionen erfolgen sollte. Erst danach hält er eine Behandlung im Finanz- und Grundstücksausschuss für sinnvoll.

**Herr Westphal** macht den Vorschlag, dass das Thema Haushalt ähnlich wie der TOP Lenkungsausschuss auf jeder Tagesordnung des Finanz- und Grundstücksausschusses vermerkt sein sollte.

**Diesem Vorschlag wird zugestimmt, so dass auf den nächsten Tagesordnungen dieser TOP jeweils vermerkt wird. Für die nächste Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses wird eine Zeitspanne von 20 Minuten für diesen TOP eingeplant.**

**Herr Czogalla** führt aus, dass der OB eine Sondersitzung des Stadtrates zu diesem Thema in Erwägung zieht.

**Der geänderten Tagesordnung wird mit 7 – 0 – 0 zugestimmt.**

1.2. Genehmigung der Niederschrift vom 07.02.2007 (soweit vorliegend)

---

Da die Niederschrift vom 07. 02. 2007 noch nicht vorliegend ist, entfällt dieser TOP.

### **3. Beschlussvorlagen**

---

3.1. Abschluss Planungsvereinbarung zum Projekt  
Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee zwischen der DB Netz  
AG und der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: DS0005/07

---

**Herr Bromberg** bittet um Information, ob die jetzige Haushaltssituation eine Änderung der Umsetzungsmaßnahmen für diese Drucksache bewirkt.

**Herr Dr. Scheidemann** führt aus, dass es sich bei dieser Drucksache lediglich um einen Baustein handelt. Im Übrigen haben die Arbeiten der DB Netz AG bereits begonnen, so dass die Strom- und Signalanlagen schon verändert wurden. Des Weiteren weist er darauf hin, dass es Kreuzungsgesetze gibt, die die Kostenverteilung und -übernahme regeln. Die Drucksache beinhaltet bereits eine vorläufige Kostenverteilung der Planungsleistungen. Die

Gesamtplanungskosten wurden bisher von der DB Netz AG getragen und vorfinanziert bis längstens zum 31.12.2008. Die Planungen sollen Ende 2007 vorliegen und dann in einem Planfeststellungsverfahren münden.

**Herr Westphal** fragt nach, ob in diesem Fall nicht eine Änderung des Haushaltsplanentwurfs 2007 erforderlich ist, da seiner Auffassung nach die 450 TEUR als VE für das Jahr 2008 in den Haushaltsplan 2007 aufgenommen werden müssten. Ansonsten müsste man jetzt irgendeine andere Maßnahme, für die im Haushaltsplan 2007 eine VE für das Jahr 2008 vorhanden ist, für diese Maßnahme umformulieren, um eine Deckung zu gewährleisten.

**Herr Zimmermann** führt aus, dass im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung bis zum Erlass der neuen Haushaltssatzung die VE des Haushaltsplans 2006 weiter gelten. Wenn keine andere Deckung für die VE Schleinufer für das Jahr 2008 gefunden wird, dann muss das Schleinufer zumindest teilweise gestrichen werden. Im Übrigen ergänzt er, dass die Landeshauptstadt nur eine Möglichkeit zur Mitgestaltung bei dieser Maßnahme hat, wenn die Stadt die Vereinbarung jetzt mitzeichnet.

**Herr Stern** bittet um Auskunft, ob die Deckungsquelle, die hier angezogen wird, vom Dezernat VI benannt wurde. Dies wird von **Herrn Zimmermann** bejaht.

**Herr Dr. Scheidemann** ergänzt, dass das Tiefbauamt in seiner Argumentation ausführt, dass das Planfeststellungsverfahren für das Schleinufer noch nicht abgeschlossen ist.

**Herr Westphal** möchte wissen, ob die VE für das Schleinufer im Haushaltsplan 2006 enthalten ist. Dies wird von **Herrn Zimmermann** bejaht.

**Herr Bromberg** macht auf einen Widerspruch zu der bisherigen Argumentation der Verwaltung aufmerksam. Bei der Beratung der Änderungsanträge zum Schleinufer wurde von der Verwaltung ausgeführt, dass man das Planfeststellungsverfahren nicht mehr ändern kann, weil sonst die Fördergrundlage entfallen würde. Und jetzt führt die Verwaltung aus, dass das Planfeststellungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

**Herr Stern** fragt nach, ob sich damit dann auch der zeitliche Ablauf des Ausbaus des Schleinufers verzögert. Dies wird von **Herrn Dr. Scheidemann** mit dem Hinweis bejaht, dass die Folge dieselbe bleibt, da das Planfeststellungsverfahren immer noch offen ist.

**Herr Zimmermann** weist darauf hin, dass der Beschluss zu dieser Drucksache im Stadtrat am 15.03.2007 unbedingt vor dem Beschluss zur Beitritts-Drucksache zur Haushaltssatzung 2007 erfolgen muss.

Auf die Frage von **Herrn Bromberg**, ob mit einem Beschluss zur Kreuzungsvereinbarung gleichzeitig auch ein Beschluss zur Tunnelvariante erfolgt, führt **Herr Westphal** aus, dass dies nicht der Fall ist.

**Herr Meinecke** ist der Auffassung, dass bei Beschluss einer Minimalvariante in diesem Fall die Strombrückenverlängerung gefährdet sei.

**Herr Zimmermann** erläutert, dass die Beauftragung für das Schleinufer ursprünglich im Jahr 2006 erfolgen sollte, diese aber bisher noch nicht erteilt wurde.

**Herr Bromberg** stellt die Drucksache anschließend zur Abstimmung.

**Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.**

## **5. Anträge**

---

- 5.1. (Öffentliche) Toilette für den Spielplatz Hegelstraße  
Vorlage: A0185/06
- 5.1.1. (Öffentliche) Toilette für den Spielplatz Hegelstraße  
Vorlage: S0260/06
- 

Der Tagesordnungspunkte wurde vertagt.

## **6. Beschlussvorlagen und Informationen**

---

- 6.1. APL in Höhe von 802.740 EUR für die HHST1.40500 678 100.9  
- Erstattung an übrige Bereiche Personalkosten und HHST  
1.40500 678 200.7 - Erstattung an übrige Bereiche Sachkosten  
Vorlage: DS0035/07
- 

**Herr Bromberg** fragt nach, warum diese außerplanmäßige Ausgabe notwendig ist und ob die Stadt mit diesem Beschluss dann mehr ausgibt, als sie für das Haushaltsjahr 2006 in diesem Bereich geplant hatte.

**Frau Belling** verweist auf die seit dem 01.07.2006 geltende Abrechnung über die Finanzierung des Kommunalen Finanzierungsanteils (KFA) und erläutert in diesem Zusammenhang, dass die verspätete Rechnungslegung der ARGE erst am 08.12.2006 erfolgte, so dass eine Bezahlung im Haushaltsjahr 2006 nicht mehr möglich war. Im Übrigen verweist sie auf die im Haushaltsjahr 2006 entstandenen Mehreinnahmen in Höhe von 996.254 EUR und die Mehrausgaben in Höhe von 794.964 EUR. Für das Haushaltsjahr 2007 liegt eine außerplanmäßige Ausgabe vor, da neue Haushaltsstellen für das Haushaltsjahr 2007 eröffnet werden mussten.

**Herr Bromberg** fragt nach, warum man in diesem Fall keinen Haushaltsausgaberest im Haushaltsjahr 2006 bilden konnte.

**Herr Zimmermann** erläutert, dass Haushaltsausgabereste im Verwaltungshaushalt nur in Ausnahmefällen gebildet werden dürfen.

**Herr Bromberg** stellt die Drucksache anschließend zur Abstimmung.

**Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.**

- 6.2. Jahresabschluss 2005 der Natur- und Kulturpark Elbaue GmbH  
(NKE)  
Vorlage: DS0025/07
- 

**Herr Bromberg** fragt nach, ob es beim Jahresabschluss 2005 irgendwelche Besonderheiten gab, auf die näher eingegangen werden sollte.

**Herr Koch** erläutert, dass der Jahresabschluss im Rahmen der Wirtschaftsplanung lag. Im Übrigen sei das Jahr 2005 als erfolgreiches Jahr einzustufen, wenn man die Besucherzahlen

betrachtet. Mit Verweis auf die Gründung der MVGM macht er deutlich, dass der Jahresabschluss ab dem Jahr 2006 aber nicht mehr vergleichbar sei.

**Herr Bromberg** ist der Meinung, dass dann eine Verrechnung zwischen MVGM und NKE erfolgen wird.

**Herr Stietzel** erläutert, dass es ein Geschäftsbesorgungsentgelt gibt. Die NKE aber weiterhin einen eigenen Jahresabschluss machen muss.

**Herr Bromberg** bittet um Auskunft, woraus der Gewinnvortrag in Höhe von 63 Mio. EUR resultiert.

**Herr Czogalla** und **Herr Stietzel** erinnern daran, dass die Stadt im Jahr 2001 einen Darlehensersatz ausgesprochen hat und der Gewinnvortrag daraus resultiert.

**Herr Schindehütte** erscheint um 18:20 Uhr zur Sitzung.

**Herr Stern** fragt nach, woran es liegt, dass die Ertragslage nicht mit der Steigerung der Besucherzahlen Schritt gehalten hat.

**Herr Stietzel** verweist darauf, dass die Besucherzahlen zwar positiv sind, aber gerade bei zwei Großveranstaltungen aufgrund eines Gewitters die Besucherzahlen nicht wie geplant erzielt werden konnten. Im Übrigen macht er weitere Ausführungen zu verschiedenen Risiken, die sich eventuell noch ergeben könnten.

Auf Bitte von **Herrn Stern** wird die Bezifferung der Risikohöhe in einer gesonderten Information an den Finanz- und Grundstücksausschuss übermittelt.

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die Drucksache zur Abstimmung.

**Die Drucksache wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.**

### 6.3. Neufassung der Feuerwehrbenutzungs- und Gebührensatzung der Landeshauptstadt Magdeburg

---

**Herr Schindehütte** bittet um Auskunft zur Erneuerungsbedürftigkeit der Geräteausstattung der Feuerwehr sowie zur Nutzungsdauer der Geräte.

**Herr Langenhan** führt aus, dass die Feuerwehr Magdeburg lediglich 57 Einsatzfahrzeuge im Einsatz hat, wo hingegen die Stadt Braunschweig fast doppelt so viele Fahrzeuge vorhält. Die Nutzungsdauer für Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr wird mit 12 Jahren und die der Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehr wird mit 15 Jahren angegeben. In der Realität sei man in Magdeburg aber bereits bei einer Nutzungsdauer von 15 Jahren für die Fahrzeuge der Berufsfeuerwehr und von 18 Jahren für die Fahrzeuge der freiwilligen Feuerwehr. Im Übrigen handelt es sich nur um eine Erneuerung und nicht um eine Ausdehnung der Fahrzeugflotte.

**Herr Stern** fragt nach, warum z. B. für eine Drehleiter eine Kostensteigerung von 25 % resultiert.

**Herr Bartels** erläutert, dass der bestehende Leiterpark nicht mehr den Anforderungen entspricht und auch steigende Reparaturkosten zu verzeichnen sind.

**Herr Langenhan** ergänzt, dass die Sonderfahrzeuge lediglich von 3 großen Firmen angeboten werden, so dass hier kaum Wettbewerb zu verzeichnen ist.

**Herr Meinecke** fragt nach, ob die Altfahrzeuge verkauft werden sollen und der erzielte Erlös dann der Stadt zufließt. Dies wird von **Herrn Langenhan** bejaht.

6.4.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007 Vorlage: DS0382/06	
6.4.1.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/1
6.4.2.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/2
6.4.3.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/3
6.4.4.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/4
6.4.5.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/5
6.4.6.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/6
6.4.7.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/7
6.4.8.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/8
6.4.9.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/9
6.4.10.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/10
6.4.11.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/11
6.4.12.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/12
6.4.13.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	DS0382/06/13
6.4.14.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	A0175/06
6.4.15.	Neufassung der Hundesteuersatzung ab dem 01.01.2007	S0236/06

Auf Vorschlag von **Herrn Bromberg** wird zunächst über die Änderungsanträge beraten.

Den Stadträten wurde zu Beginn der Sitzung eine Übersicht über die Abstimmungsergebnisse des KRB-Ausschusses ausgereicht.

**zu Änderungsantrag DS0382/06/1:**

**Frau Daniel** erläutert, dass man aus Kostengründen eine jährliche Fälligkeit vorgeschlagen hat, eine Umstellung auf eine quartals- oder monatsweise Erhebung aber möglich wäre.

**Der Änderungsantrag DS0382/06/1 wird dem Stadtrat mit 0 – 4 – 5 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

**zu Änderungsantrag DS0382/06/2:**

**Da dieser Änderungsantrag dem Änderungsantrag des KRB-Ausschusses (DS0382/06/3) entspricht, wird der Änderungsantrag DS0382/06/2 vom Antragsteller zurückgezogen.**

**zu Änderungsantrag DS0382/06/3:**

**Herr Dr. Kutschmann** führt zu Punkt 4 des Änderungsantrages aus, dass sich im Landtag lediglich zwei Verbände für diese Rasseliste ausgesprochen haben. Im Übrigen ist seiner Auffassung nach bei den Hunden objektiv nicht feststellbar, um welche Rasse es sich letztlich tatsächlich handelt. Aus diesem Grund sollte man diesen Punkt des Änderungsantrages ablehnen.

**Herr vom Baur** ergänzt, dass man in Halle lediglich 19 Hunde als „Kampfhunde“ klassifizieren konnte.

**Herr Stern** fragt nach, wie viele Hunde in Magdeburg bisher als gefährlich eingestuft wurden. **Herr vom Baur** erwidert, dass es sich dabei um 70 Fälle handelt.

**Herr Schindehütte** vertritt die Auffassung, dass man grundsätzlich alle Hunde abrichten kann, egal welcher Rasse sie angehören. Er hält die Rasseliste deshalb nicht für sinnvoll. Demgegenüber würde er eher einen Sachkundenachweis befürworten.

Auf Vorschlag von **Herrn Bromberg** wird der Änderungsantrag in Einzelpunkten abgestimmt.

**Punkt 1 des Änderungsantrages DS0382/06/3 wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.**

**Punkt 2 des Änderungsantrages DS0382/06/3 wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.**

**Punkt 3 des Änderungsantrages DS0382/06/3 wird dem Stadtrat mit 6 – 2 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.**

**Die Punkte 4 und 5 des Änderungsantrages DS0382/06/3 werden dem Stadtrat mit 2 – 4 – 3 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

**zu Änderungsantrag DS0382/06/4:**

**Herr Westphal** spricht sich für den Änderungsantrag aus.

**Der Änderungsantrag DS0382/06/4 wird dem Stadtrat mit 6 – 3 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.**

**zu Änderungsantrag DS0382/06/6:**

Da sich der Punkt 1 des Änderungsantrages DS0382/06/6 mit den Beschlussempfehlungen zu den vorherigen Änderungsanträgen bereits erledigt hat, wird lediglich über den Punkt 2 des Änderungsantrages DS0382/06/6 abgestimmt.

**Punkt 2 des Änderungsantrages DS0382/06/6 wird dem Stadtrat mit 0 – 9 – 0 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

**zu Änderungsantrag DS0382/06/7:**

**Der Änderungsantrag DS0382/06/7 wird dem Stadtrat mit 4 – 4 – 1 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

zu Änderungsantrag DS0382/06/8:

Der Änderungsantrag DS0382/06/8 wird dem Stadtrat mit **4 – 4 – 1** **nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

zu Änderungsantrag DS0382/06/9:

Der Änderungsantrag DS0382/06/9 wird dem Stadtrat mit **0 – 6 – 3** **nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

zu Änderungsantrag DS0382/06/10:

Der Änderungsantrag DS0382/06/10 wird dem Stadtrat mit **1 – 5 – 3** **nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

zu Änderungsantrag DS0382/06/11:

**Frau Daniel** führt aus, dass dieser Passus im Jahr 2002 gestrichen wurde, weil er kaum in Anspruch genommen wurde und einen hohen Verwaltungsaufwand verursacht hat.

**Herr Stern** fragt nach, wie viele Fälle bis zum Jahr 2002 bekannt waren, die unter diese Klausel gefallen sind. **Frau Daniel** erläutert, dass dies ca. 30 Fälle waren.

Der Änderungsantrag DS0382/06/11 wird dem Stadtrat mit **0 – 4 – 5** **nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

zu Änderungsantrag DS0382/06/12:

Der Änderungsantrag DS0382/06/12 wurde bereits im KRB-Ausschuss vom Antragsteller zurückgezogen.

zu Änderungsantrag DS0382/06/13:

Auf Vorschlag von **Herrn Bromberg** wird der Änderungsantrag in Einzelpunkten abgestimmt.

§ 6 des Änderungsantrages DS0382/06/13 wird dem Stadtrat mit **2 – 7 – 0** **nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

§ 7 des Änderungsantrages DS0382/06/13 ist aufgrund der Nichtempfehlung zum § 6 des Änderungsantrages nicht mehr relevant.

§ 8 des Änderungsantrages DS0382/06/13 ist mit den Beschlussempfehlungen zu den vorhergehenden Änderungsanträgen hinfällig.

**§ 9 Abs. 1 des Änderungsantrages DS0382/06/13 ist mit der Beschlussempfehlung zum Änderungsantrag DS0382/06/4 hinfällig.**

**§ 9 Abs. 2 des Änderungsantrages DS0382/06/13 wird dem Stadtrat mit 1 – 8 – 0 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.**

**zu Antrag A0175/06:**

**Der Antrag A0175/06 wurde bereits im KRB-Ausschuss vom Antragsteller zurückgezogen.**

Anschließend stellt **Herr Bromberg** die geänderte Drucksache zur Abstimmung.

**Die geänderte Drucksache wird dem Stadtrat mit 4 – 1 – 4 zur Beschlussfassung empfohlen.**

6.5. Verschiedenes

---

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Hans-Dieter Bromberg  
Vorsitzende/r

Michaela Paetsch  
Schriftführer/in